

Kumpanei beim Völkermord

Zu: „Türkei pocht aufs Völkerrecht“, FR-Politik vom 5. November

Mit großer Besorgnis verfolge ich den Angriff der türkischen Truppen und ihrer verbündeten dschihadistischen Milizen gegen die Bevölkerung in Nordsyrien, einer Region, die bis vor Kurzen vergleichsweise stabil war.

Die türkische Armee geht – wie schon zuvor in Afrin geschehen – nach dem gleichen Muster vor, in dem sie die Region zuerst bombardiert, dann die Dschihadistenmilizen vorschickt, die morden, plündern und brandschatzen. Danach rückt die türkische Armee vor und verteilt Süßigkeiten an die Kinder.

Mittlerweile werden laut Umsiedlungspläne bzgl. der kurdischen Bevölkerung verkündet, die beinhalten, dass die kurdische Bevölkerung in die Region um Deir e Zor, einer vorwiegend sunnitisch-arabisch bewohnten Wüstenregion, deportiert werden soll. Dann könnten syrische Flüchtlinge aus der Türkei in Nordsyrien in einer „Sicherheitszone“ angesiedelt werden.

Ich möchte mit Nachdruck darauf hinweisen, dass die Jungtürken vor über 100 Jahren vergleichbare Aggressionen gegen die armenische Bevölkerung mit ähnlichen Argumenten durchgesetzt haben. Auch dies geschah unter den Augen der deutschen Regierung, die ihre wirtschaftlichen und militärischen Interessen vor alles Andere stellte.

Auch heute rufen die dschihadistischen Milizen: „Wir werden sie alle schlachten“. Im Ge-

gensatz zu früher werden die Taten der Milizen aber nicht geleugnet, sondern von deren Vertretern stolz ins Netz gestellt.

In der Stellungnahme von Herrn Annen lese ich, dass sich die deutsche Regierung große Sorgen wegen des wieder erstarrenden sog. Islamischen Staats macht. Die IS-Zellen werden aber schon seit Jahren vom türkischen Staat unterstützt durch ärztliche Versorgung in türkischen Privatkrankenhäusern, Waffenlieferungen über die Grenze bei Hatay, Freizügigkeit beim Grenzübertritt unter den Augen der türkischen Soldaten u.v.m....

Im Gegensatz zu den Beteuerungen der türkischen Regierung ist die Situation der syrischen Geflüchteten im Land sehr schlecht. Es gibt jede Menge Hetze gegen Syrer, die als Konkurrenten um Arbeit und Wohnungen bekämpft werden.

Die Bürger Deutschlands fragen sich, ob die deutsche Regierung nur zögerliche Lippenbekenntnisse veröffentlichen will oder ihre sehr wohl vorhandenen Potenziale ausschöpfen wird. Wird sie wieder schweigen und abwarten und auf die Lobbyisten aus der Rüstungs- und Energiebranche hören? Oder wird sie sich offen und konfrontativ gegen die Pläne der türkischen Regierung stellen und damit mit einer Tradition deutsch-türkischer Kumpanei beim Völkermord im Nahen Osten brechen? Susanne Alpers, Frankfurt

Es wird nicht leiser

Fluglärm: „Streit über den Krach“, FR-Regional vom 2. November

Dass es nach Meldung der FR Krach gibt um die Wirksamkeit der Lärmobergrenze (LOG) für den Luftverkehr, ist verständlich. Selbst nach dem gemeinsamen Monitoring-Bericht zur Lärmobergrenze im Berichtsjahr 2018 des Verkehrsministeriums sind die Lärmwerte nach Fläche in Hektar angestiegen. Zu Recht enttäuscht sind deshalb jetzt die Kritiker, die gehofft hatten, dass es mit der LOG absolut leiser werde. Bestätigt fühlt sich hingegen Minister Al-Wazir, weil die Flächenwerte weit unterhalb der LOG-Grenze geblieben seien. Verstehen kann man seinen Standpunkt allerdings nur, wenn man sich Fraports Relativitätstheorie des Lärms zu eigen macht. Danach ist es bereits dann leiser geworden, wenn es nicht so laut geworden ist wie prognostiziert. Obwohl Ministerpräsident Volker Bouffier in seiner Regierungserklärung vom 29. Februar 2012 den Menschen versprochen hatte „Es soll leiser werden – und: Es wird leiser!“, wird es im Gegenteil am Himmel immer lauter. Das aktuelle Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin hat allerdings zur großen Verblüffung der Wähler ernüchternd bestätigt, dass sich die Bevölkerung auf derartige Erklärungen der Regierung gar nicht berufen kann, weil sie völlig unverbindlich sind. Hans Schinke, Offenbach

Welthandel ist ein Klimakiller

Zu: „Einsatz für mehr Klimaschutz“, FR-Regional vom 7. November

Gut, dass bei diesen Protesten in Brüssel der Fokus auf die Klimaschädigung durch Brandrodungen und das Mercosur-Abkommen gerichtet wird. Der größte Klimakiller ist unser Welthandelssystem, das nach Ansicht für Wohlstand und Fortschritt unverzichtbar ist. Klimakiller, weil es auf ständigem Wachstum begründet ist, auf Wettbewerb, der zu Preis- und Lohndruck führt, zu Abwanderung der Produktion in Gebiete mit niedrigen Löhnen und Transport der Waren zu den Märkten des reichen Nordens.

Das führt dazu, dass die Bestandteile eines Smartphones beim Kauf bereits 800000 Kilometer weit gereist sind – also zwanzigmal um die Welt.

Österreich importiert 100000 Tonnen Käse pro Jahr und verkauft dieselbe Menge ins Ausland. Wegen solcher Absurditäten verursacht der globale Handel extreme Treibhausgase.

Diese verrückte Handelspolitik wird unterstützt durch die vielen Handelsabkommen. Das Mercosur-Abkommen, das seit vielen Jahren zwischen Europäischer Union, Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay verhandelt wird, fördert die Brandrodung in Brasilien um landwirtschaftliche Produkte zu erzeugen, die dann u.a. in die Europäische Union importiert werden. Hier in der EU verdrän-

gen die mit Niedriglöhnen und Umweltzerstörung entstandenen Produkte unsere Landwirtschaft.

Ein besonders problematischer Teil dieser Handelsverträge sind die Investitionsschutzklauseln, die den Konzernen Sonderklagerechte gegen den Staat einräumen, wenn der z.B. Umweltgesetze erlässt, die Gewinne schmälern könnten. Dabei kann allein der Konzern vor speziellen Schiedsgerichten klagen, die keine Revision und keine Klagemöglichkeit des Staates zulassen.

Das hat schon dazu geführt, dass Staaten geplante Gesetze zurückgezogen haben oder zu hohen Schadenersatzleistungen verpflichtet wurden.

Beispiel: Vattenfall forderte 2009 vor einem ICSID-Schiedsgericht 1,4 Milliarden Euro wegen wasserrechtlicher Umweltauflagen bei der Betriebsgenehmigung des Hamburger Kohlekraftwerks Moorburg. Ein Vergleich zwang die Stadt Hamburg, die Umweltauflagen zu verwässern.

Diese Investitionsschutzklauseln in Handelsabkommen sind nicht unmittelbare Klimakiller, aber sie hemmen Regierungen, wichtige Gesetze zu erlassen.

Angelika Ramhorst,
Bad Oeynhausen

Alle Leserbriefe des Leserforums sind auch online im FR-Blog zu finden: frblog.de/lf20191111

HP_0LES02FRDA - B_180334

